



Ausgelassen warten die Kinder in Siebnen auf den Umzug.



Reichenburger Jugendliche zeigten dem Chlaus mit Fackeln den Weg ins Dorf.

**Siebnen/Reichenburg** Michael Trost und Geri Schedl fotografierten den Einzug der Samichläuse

## Chläuse gebührend empfangen



In Siebnen verfolgt Gross und Klein gebannt den Chläuseinzug.



Beim Reichenburger Burgschulhaus gab es für die Kleinen ein Geschenk.

**Bezirksgericht March**

### Zwei Monate Gefängnis für Wirtin

Das Bezirksgericht March hat eine in der March tätige Wirtin zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt (die «ZSZ» berichtete). Die Wirtin hat Personen, die sich ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz aufhielten, beherbergt und Ausländerinnen ohne Bewilligung beschäftigt. Da gegen die Angeklagte bereits Vorstrafen vorliegen, konnte der bedingte Strafvollzug nicht gewährt werden. Neben den zwei Monaten muss die Wirtin zusätzlich zwei Mal einen Monat sowie zehn Tage Haft absitzen. Überdies muss sie eine Busse von 5000 Franken bezahlen. (stä)

**Bezirksgericht Lachen**

### Strafe für Autolenker reduziert

Der Automobilist, der in den frühen Morgenstunden mit teilweise schneebedeckter Windschutzscheibe in Altendorf unterwegs war (die «ZSZ» berichtete), hat eine reduzierte Strafe bekommen. Er wurde vom Vorwurf der groben Verletzung von Verkehrsregeln freigesprochen. Das Gericht verurteilte ihn nun dafür, ein Fahrzeug in nicht vorschriftsgemäsem Zustand gelenkt zu haben. Damit entfällt der Eintrag ins Strafregister. Er wurde mit einer Busse von 500 Franken bestraft. (stä)

**Wangen** Gemeindeversammlung genehmigte das Budget

## Zwei Anträge wurden abgelehnt

Das Budget und zwei Einbürgerungen wurden gestern an der Wangner Gemeindeversammlung genehmigt. Vier Geschäfte gehen an die Urne.

Frieda Suter

Mit gleich bleibendem Steuerfuss wie bisher rechnet man in Wangen für 2007 mit einem Defizit von 1,8 Mio. Franken im Gemeindehaushalt. Der Fehlbetrag ist durch das Eigenkapital abgedeckt. Mit einem Gewinn von 67 000 Franken rechnet dagegen das Budget des EW für nächstes Jahr. Nach den Ausführungen von Säckelmeister Ueli Marty stellte Fritz Zweifel zwei Anträge. Er wollte das Budget nur provisorisch genehmigt wissen und einen externen Finanzexperten zuziehen, um eine genauere Finanzplanung vorzunehmen. «Es kann nicht sein, dass die Gemeinde jedes Jahr eine halbe Million besser abschliesst als budgetiert», argumentierte er. Nach Erklärungen und Voten zu Gunsten des Gemeinderates hatten beide Anträge jedoch keine Chance.

Nach den Budgets von Gemeinde und EW passierten an der gestrigen Gemeindeversammlung auch die beiden Einbürgerungsgesuche von Alma Ibisevic und Haris Ibisevic.

Ebenfalls im Sinne des Gemeinderates wurde ein drittes Gesuch, jenes von Yakup Sen, abgelehnt. Die Einbürgerungskommission hatte sich vom Bürgerrechtsbewerber getäuscht gefühlt. Er hatte angegeben, bei den Eltern zu wohnen, die Ende März 2005 nach Schübelbach gezogen sind und die Wohnung in Wangen verkauft haben. Tatsächlich lebe er aber in einer Wohngemeinschaft in der Gemeinde Wangen. Da der Gesuchsteller an der Gemeindeversammlung nicht anwesend war, kam es zu keiner Diskussion.

**Entscheid an der Urne**

Vier Traktanden überwiesen die 179 anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an die Urne. Am 11. März fällt somit der definitive Entscheid über die Anpassung der Hundesteuer, die Einführung des 2-Jahres-Kindergartens, die Statuten des Zweckverbandes für die Kehrrechtbeseitigung im Linthgebiet und Änderungen im Abwasserreglement. Diese Sachgeschäfte wurden von den Gemeinderäten Sonja Pfister, Andreas Scherrer und Heinrich Höhn kompetent vorgestellt.

**Zonenplan aufteilen?**

Mit einer Anregung wandte sich Robert Guntlin an den Gemeinderat. Er macht sich Sorgen über die sinkende Einwohnerzahl und regte an, die unbestrittenen 92 Prozent des Zonenplans

zur Abstimmung vorzulegen und die strittigen Teile danach einzeln zu behandeln. Gemeindepräsidentin Heidi Bamert nahm die Anregung entgegen, betonte aber, dass der Gemeinderat für das ganze Paket einstehe. «Nur so besteht die Gewissheit, dass alle Teile angenommen werden», sagte sie. «Das Volk würde zum Schluss zu einer einzelnen Strasse sicher nicht mehr Ja sagen», gab sie zu bedenken. Im Verfahren zur Revision des Zonen- und Erschliessungsplan werden jetzt die Einsprachen bearbeitet. Danach erfolgt eine zweite Auflage. Heidi Bamert legte zudem die Meinung des Gemeinderates zum Masterplan March und dem Autobahnanschluss Wangen Ost als Teil davon dar. Die Entwicklung des Verkehrs zeige auf, dass dieser Anschluss nötig sei, führte sie aus. Allerdings stehe die Linienführung noch nicht fest und der Entscheid falle dereinst beim Astra.

Im Informationsteil wurde auch bekannt, dass sich der Gemeinderat mit «kleinen und grossen Geschäften» zu befassen hat. Klagen über geschlossene WC beim Bahnhof Siebnen-Wangen hätten den Gemeinderat bewegt, dort eine blaue WC-Kabine aufstellen zu lassen. Klagen wegen fehlenden Toiletten stellen sich immer mehr auch im Gebiet Buechberg. Im Gebiet Seewald habe man schon im letzten Sommer ebenfalls mit einer temporären Lösung reagiert, sagte Heidi Bamert.

**Reichenburg**

## Rückweisung war statthaft

In Reichenburg sorgte ein Einbürgerungsgesuch für Verwirrung. Der Rechtsdienst des Kantons Schwyz klärt auf Anfrage auf.

Nach langer Diskussion und verwirrendem Hin und Her hat an der Gemeindeversammlung vom Freitagabend der Reichenburger Gemeinderat ein Einbürgerungsgesuch zurückgezogen und auf die Frühjahrsgemeinde verschoben (wir berichteten am Samstag). Das steht im Einklang mit der geltenden Rechtsprechung, sagte gestern Urs Beeler vom Rechts- und Beschwerdedienst beim Kanton Schwyz. Der Gemeinderat könne grundsätzlich jedes Traktandum von sich aus zurückziehen. Offenbar habe in Reichenburg der Gemeinderat nach dem langen Hin und Her noch «einen guten Rank gefunden», die entstandene Verwirrung abzuschwächen.

Strittig waren an der Versammlung vor allem zwei Punkte. Muss ein Gesuchsteller an der Versammlung anwesend sein, um eingebürgert zu werden, wie dies von einem Teil der Versammlung verlangt wurde? Nein, sagt hier Urs Beeler. Es gäbe keine juristischen Gründe dafür. Tatsächlich gibt es Gemeinden (z. B. Altendorf), die generell auf die Anwesenheit von Gesuchstellern verzichten.

**Statthafter Rückweisungsantrag**

Die zweite Frage, die am Freitagabend die Gemüter erhitze, war die Mitgliedschaft im Damenturnverein der 23-jährigen Gesuchstellerin. Diese Angabe in der gemeinderätlichen Botschaft wurde aus der Versammlung als nicht zutreffend geschildert. Gemeindepräsident Joe Oetiker verwies darauf, dass die Vereinsmitgliedschaft auf Selbstangabe der Gesuchstellerin basiere. Da die Mitgliedschaft in einem Verein aber kein zwingender Grund für eine Einbürgerung sei, die Gesuchstellerin zudem genügend gut integriert sei, spiele diese Frage ohnehin keine Rolle. Franz Kistler und Kantonsrat Rolf Güntensperger waren damit nicht zufrieden und plädierten hierauf für eine Rückweisung des Gesuchs, um dem Gemeinderat die Möglichkeit zur Abklärung der strittigen Vereinsmitgliedschaft zu geben. Der Rückweisungsantrag wurde vorerst vom Gemeindepräsidenten aber nicht angenommen.

Gemäss Urs Beeler hätte der Gemeindepräsident den Rückweisungsantrag annehmen sollen. Der Antrag sei mit dem statthaften Auftrag an den Gemeinderat verbunden worden, eine für die Versammlungsteilnehmer offensichtliche Unklarheit in der gemeinderätlichen Botschaft (Mitgliedschaft im Damenturnverein) zu beseitigen.

Die Mitgliedschaft in einem Verein für sich allein sei tatsächlich kein zwingendes Erfordernis für eine Einbürgerung, gibt Beeler dem Gemeinderat Recht. Allerdings könne die Zugehörigkeit zu einem Verein für viele Bürgerinnen und Bürger eines von etlichen Kriterien für eine bessere Integration eines Gesuchstellers sein. Dass die Stimmbürger überprüft haben möchten, ob die behauptete Vereinsmitgliedschaft tatsächlich stimme, könne ihnen nicht verwehrt werden. (one)

**Wollerau**

## Sammeleinsprache gegen Antenne

Gegen ein Baugesuch von Sunrise für eine Mobilfunkantenne an der Samstagenstrasse 31 in Wollerau sind laut Gemeinde-Hochbauamt eine Sammeleinsprache mit 90 Beteiligten und eine Einzeleinsprache eingegangen. Noch nicht abgelaufen ist die Einsprachfrist gegen eine Antenne der gleichen Firma in Wilen. Auch dort gibt es Opposition. Eine Interessengemeinschaft wehrt sich gegen die geplante Mobilfunkanlage. (küm)